

# Fuldaer Zeitung

Donnerstag, 18. Februar 2016

GASTKOMMENTAR

## Appell zum Neustart nur Schauspiel für die Öffentlichkeit

Ziemlich überraschend hat der ukrainische Premierminister Arseni Jazenjuk am Dienstagabend das Misstrauensvotum im Parlament von Kiew überstanden. Nur 194 Abgeordnete stimmten gegen ihn, 32 zu wenig für seinen Rücktritt. Und das, nachdem kurz zuvor dasselbe Parlament noch mit 247 Stimmen negativ über das Ministerkabinettt befunden hatte – darunter auch 120 Parlamentarier der Fraktion „Block Petro Poroschenko“ (BPP), der dem gleichnamigen Präsidenten nahesteht. Letzterer hatte Jazenjuk zuvor den Rücktritt nahegelegt, „um das Vertrauen in die Regierung wiederherzustellen“. Auf der Website des Präsidentsamts warb er für einen „Neustart“.

Der Journalist und Abgeordnete Serhij Leschchenko (er war einst über die Liste der Partei „BPP“ ins Parlament eingezogen, um „von innen“ für Reformen zu arbeiten, während die Partei ihn vor allem als Aushängeschild nach außen aufnahm) legt indes in seinem Blog dar, dass in der entscheidenden zweiten Abstimmung ausgerechnet mit Poroschenko eng verbundene Abgeordnete für Jazenjuks Verbleib stimmten.

Das Beziehungsgeflecht im Parlament, mit den Geschäftsverbindungen einzelner Abgeordneter zu Premierminister und Präsident, ist komplex. Zwar erreicht der Einfluss des Präsidenten nicht jeden Abgeordneten der eigenen Partei (siehe Leschchenko) – andererseits reicht sein Einfluss über die eigene Partei und Koalition hinaus. Reformkräfte arbeiten sich seit Jahren an den alten Verbindungen von Oligarchen unterschiedlicher politischer Couleur ab, die eines einigt: Sie haben sämtlich kein Interesse an Rechtsstaatlichkeit, Transparenz und umfassender Korruptionsbekämpfung.

Schon bald könnte Poroschenko noch mehr auf gerade diese Verbündeten angewiesen sein. Nach dem Austritt der „Radikalen Partei“ Ende 2015 verließ gestern

**MIRIAM KOSMEHL**

analysiert die innenpolitische Lage in der Ukraine nach dem Misstrauensvotum.



Die Autorin (48) ist Projektleiterin für die Ukraine und für Belarus der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

nun auch die Vaterlandspartei Julia Timoschenkos die Koalition. Die Partei Selbsthilfe berät den Koalitionsverbleib heute auf einer Sondersitzung. Zerbricht die Koalition nach dem traurigen Schauspiel, wäre dies verantwortungslos. Eine Regierungsumbildung wäre eine vernünftige, weil stabilitätsorientierte Antwort auf die Krise gewesen, nachdem zuletzt eine Reihe prominenter Reformer zurücktrat und über Blockaden klagte, die bis hinauf zum Präsidenten reichen. Verlorene Zeit kann die krisengebeutelte Ukraine nicht brauchen. Der freimütige US-Botschafter in Kiew twitterte fast verzweifelt, die ukrainischen Parteien mögen doch bitte zuallererst an die Bedürfnisse ihres Landes denken.

Die Bürger dieses Landes ärgern sich zudem über zwei ebenfalls vorgestern verabschiedete Gesetze. Das eine ist Bedingung für die Visumsfreiheit in die EU, es soll der Transparenz von Abgeordnetenvermögen diener und mit der Tradition brechen, dass Parlamentarier d Parlament nur für ihre Geschäftsinteressen nutzen. Durch Änderungen in letzter Minute wird es nun für alle, die ihr Vermögen nicht korrekt deklarieren, zumindest die nächsten zwei Jahre lang folgenlos bleiben. Das zweite, von Reformern zynisch „Gesetz über Parteiendiktatur“ getauft, erlaubt es Parteien, sich nach einer Wahl von ihnen selbst aufgestellten Listenkandidaten wieder zu trennen, bevor diese ihr Mandat angetreten haben. Der Parlamentspräsident ließ das Gesetz achtzehnmal abstimmen, bis er die notwendige Mehrheit fand – eine vielkritisierte Praxis, die er nicht zum ersten Mal anwendete.

Bleibt einzig übrig, den seit August 2015 immer wieder angemahnten und jetzt endlich angekündigten Rücktritt des Poroschenko nahestehenden Generalstaatsanwalts Kasko als „Neustart“ zu verkaufen. Der kritische Abgeordnete Leschchenko kommentierte zu Recht, das Wort „Neustart“ sei nun ähnlich diskreditiert wie „Deoligarchisierung“.

So geht der Machtkampf weiter: zwischen finanzstarken Interessengruppen – darunter die nur mit Lippen bekenntnissen für Reformen eintretenden politischer Spitzenkräfte Präsident und Premierminister – auf der einen Seite und hartnäckigen Reformern und kritischen Bürgern auf der anderen Seite. Partner der demokratischen Ukraine sollten noch deutlicher gegen korrupte politische Machenschaften auftreten und die wirklich reformorientierten Kräfte in ihrem Kampf gegen alte Verflechtungen stärker unterstützen.